

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Manuel Baruschke

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Beigeordnete Christina Heide

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Ratsmitglied Uwe Reese

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Beigeordneter Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Ulf Berner

Beigeordneter Martin Burkhardt

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Ratsmitglied ChristianE Seyffer

Ratsmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti

Ratsmitglied Thorsten Moriß

Ratsmitglied Detlef Stump

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Michael Kiesewetter

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Nikša Marušić

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Fachbereich Kommunikation & Koordination Andreas Satzke

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Als Gast

Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Olaf Lies

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Michael von den Berg

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

5.1 Finanzierung LNG-Terminal 130/2022

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Burkhardt beantragte, § 12 Abs. 6 der Geschäftsordnung für die Dauer der Sitzung außer Kraft zu setzen, damit jedes Ratsmitglied mehr als einmal zum Thema sprechen dürfe.

Der Antrag erhielt mit 14 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen nicht die nach § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung geforderte Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Rates und wurde daher **abgelehnt**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Einwohnerfragestunde I

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

4 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine Berichte vor.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordnete Heide)

5.1 Finanzierung LNG-Terminal 130/2022

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 04.05.2022 vor.

Oberbürgermeister Feist führte ins Thema ein und gab einen Ausblick auf die nächsten Schritte. Er appellierte, mit einer breiten Zustimmung ein Signal der Geschlossenheit zu senden.

Minister Lies stellte anschließend die Planungen vor. Darüber hinaus bat er, den Begriff „rechtsverbindlich“ nicht als Teil des Beschlusses zu belassen. Dieser Terminus führe dazu, dass sich der Haushaltsgesetzgeber mit dem Thema befassen und der Haushalt neu aufgestellt werden müsse, was zeitlich jedoch nicht darstellbar sei.

Frau Kloster beantragte für die Gruppe „GRÜNE und GfW“ die folgende **Änderung:**

„Der Rat möge beschließen, die Beschlussvorlage wie folgt zu ändern:

- 1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Errichtung eines neuen Anlegerkopfes an der UVG-Brücke im Zuge der beabsichtigten Inbetriebnahme einer Regasifizierungsanlage in Wilhelmshaven zu. Zeitgleich muss seitens des Landes Niedersachsen mit der Planung und Realisierung der benötigten Infrastruktur für Wasserstoff in der Region Wilhelmshaven-Friesland in deren Einvernehmen begonnen werden.*
- 2. Das Land Niedersachsen beabsichtigt, zur Finanzierung dieses Vorhabens höchstens 40 Mio. € aus den Mitteln der Strukturförderung „Kohleausstieg“ zu entnehmen und diese Mittel später wieder dem Strukturhilfefonds zuzuführen. Der Rat fordert, dass das Land sich vertraglich verpflichtet, die entnommenen Mittel im Zuge des nächsten Landeshaushaltes mit einem verbindlichen Rückzahlungsplan in den Strukturhilfefonds zurückzuführen.*
- 3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt, die Zustimmung zur Verwendung der Mittel gemäß Ziffer 2. dieses Beschlusses nach Eingang der Verpflichtungserklärung des Landes gegenüber dem Land unverzüglich zu erteilen.*
- 4. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven geht davon aus, dass das Land die Zustimmung der weiteren Mitglieder des Runden Tisches gemäß Verwaltungsvereinbarung „Strukturhilfen“ eingeholt hat.“*

Nachdem **Herr Stoermer** und **Herr Tönjes** kurz zum Änderungsantrag Stellung genommen hatten, wurde dieser bei 7 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Anschließend wurde durch **Oberbürgermeister Feist** ein weiterer **Änderungsantrag** eingebracht, um den heutigen Beschluss mit dem durch den Kreistag Friesland gefassten Beschluss zu synchronisieren:

„2. Das Land Niedersachsen beabsichtigt zur Finanzierung dieses Vorhabens höchstens ~~45~~ 40 Mio. Euro aus der Strukturförderung „Kohleausstieg“ zu entnehmen. Der Rat erwartet, dass das Land die entnommenen Mittel im Zuge des nächsten Landeshaushaltes mit einem verbindlichen Rückzahlungsplan in den Strukturhilfefonds zurückführt. Mit Schreiben vom 14.04.2022 hat Herr Staatssekretär Wunderling-Weilbier gegenüber dem Landkreis Friesland und der Stadt Wilhelmshaven versichert, dass die Frau Ministerin Honé und die Herren Minister Lies und Dr. Althusmann darüber einig sind, dass die Fördermittel zur Finanzierung des Vorhabens später wieder in die Strukturhilfen für den Steinkohlestandort Wilhelmshaven zurückgeführt werden sollen.

3. Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird ermächtigt und beauftragt, die Zustimmung zur Verwendung der Mittel gemäß Ziffer 2 dieses Beschlusses gegenüber dem Land unverzüglich zu erteilen.“

An der Diskussion über diesen Änderungsantrag beteiligten sich die **Herren Tönjes, Burkhardt, Oberbürgermeister Feist, Schön, Brandt, Moriße und Heinemann**.

Oberbürgermeister Feist wies darauf hin, dass die Summe in Ziffer 2 von 45 **auf 40 Mio. Euro geändert** werden müsse.

Dem **Änderungsantrag** von Oberbürgermeister Feist mit der **angepassten Summe** wurde anschließend bei 27 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Anschließend erfolgte die inhaltliche Aussprache zur Beschlussvorlage unter Beteiligung von **Herrn Schön, Herrn Heinemann, Herr Hager, Herr Tönjes, Herr Marušić, Frau Stomberg, Herr Berner, Herr Ehlers, Herr Moriße, Herr Brandt, Herr Dr. Schulte, Herr Fischer, Frau Weinstock, Herr Baruschke, Herr Walpurgis, Herr Burkhardt und Minister Lies**.

Herr Schön erklärte dazu, er stimme den Planungen zur, aber mit Bauchschmerzen. Er fühle sich nicht mitgenommen.

Von den Skeptikern wurde angeführt, es gebe noch zu viele offene Fragen, da für eine ausführliche Vorberatung in den Fachausschüssen keine Zeit gewesen sei. Zudem könne nicht nachvollzogen werden, dass in Wilhelmshaven geacktes Gas umgeschlagen werden solle, da diese Herstellungsmethode sehr umstritten sei. LNG bilde einen „Brandbeschleuniger“ für die Klimakrise und daher dürfe die USA nicht beim Verkauf von Fracking-Gas unterstützt werden. Im Übrigen besage ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, dass eine Energieversorgung auch ohne Gas aus Russland funktioniere. Weder die Natur, noch die Zukunft der Kinder dürfe für ein vorübergehendes Projekt geopfert werden. Staatliche Subventionen für Fracking-Gas zur Überbrückung für erneuerbare Energien dürfe es nicht geben.

Dem gegenüber bezeichneten die Befürworter das Vorhaben als großen Gewinn für die Stadt: Durch den Bau des Terminals entstünden Arbeitsplätze und das Steueraufkommen steige. Es herrsche zudem Verständnis für das Vorgehen der Verwaltung, da durch das aktuelle Geschehen ein sehr großer Druck entstanden sei. Selbstverständlich müssten und würden Bürger, Tourismus und Unternehmen auf dem weiteren Weg mitgenommen werden. Der Rat müsse entscheiden, ob er Verantwortung übernehme und das Geld für einen vorübergehenden Zeitraum zur Verfügung stelle. Zudem sei die erforderliche Infrastruktur geeignet, um später auch klimaneutrales Methan anzulanden. Das Land befinde sich aktuell in einer besonderen Situation, da aufgrund der derzeitigen Energieversorgungsprobleme Energie benötigt werden, um wiederum die erneuerbaren Energien voranzubringen. Wenn auch die Verwendung von LNG und die Auswirkungen auf die Umwelt noch nicht in Gänze beurteilt werden könne, sei dieses Vorgehen im Moment jedoch alternativlos. Um eine grundsätzliche Diskussion zur Umsetzung der Energiewende komme man nicht herum.

Herr Marušić bestätigte, es seien alle Behörden in die Planungen eingebunden gewesen. Zwar gehe der Prozess schnell voran, doch laufe alles auf regulärem Weg. Anschließend ging er auf die Möglichkeiten ein, mit denen das Verfahren beschleunigt werden konnte. Zuletzt betonte er, dass hier nicht die Stadt, sondern das Land zuständig sei.

Minister Lies nahm anschließend Stellung zu den Bedenken hinsichtlich LNG: Es werde sich sehr wohl an Recht und Gesetz gehalten. Zwar gestehe er ein, dass der Informationsfluss nicht immer ausführlich genug gestaltet worden sei, doch sei dies dem hohen Zeitdruck in dieser Angelegenheit geschuldet. Er bat jedoch eindringlich, das mögliche Informationsdefizit nicht als gewollt darzustellen.

Nachdem keine Wortmeldungen zum Thema mehr vorlagen, widersprach **Herr Tönjes** einer en-bloc-Abstimmung. Gleichzeitig beantragte er **geheime Abstimmung**. Falls diese nicht die erforderliche Mehrheit finden sollte, beantrage er **namentliche Abstimmung**.

An der Diskussion um den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Tönjes beteiligten sich **Herr Moriße, Oberbürgermeister Feist** und **Herr Burkhart**.

Vor der Abstimmung unterbrach der Ratsvorsitzende die Sitzung für eine **Pause von 19:45 Uhr bis 20:03 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Abstimmung über die von Herrn Tönjes eingebrachten Anträge:

Der Antrag auf **geheime Abstimmung** wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Antrag auf **namentliche Abstimmung** fand mit 14 Ratsmitgliedern die nach Geschäftsordnung **notwendige Unterstützung** von 1/3 der anwesenden Ratsmitglieder.

Die namentliche Abstimmung brachte das folgende Ergebnis:

Ziffer 1 (unverändert)

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

~~Bakir, Nurhayat~~	
Baruschke, Manuel	ja
Becker, Stefan	ja
~~von den Berg, Michael~~	
Berner, Ulf	ja
~~Block, Volker~~	
Bosse, Heidi	ja
Brandt, Norbert Peter	ja
Bulla, Markus	ja
Burkhart, Martin	ja
Ehlers, Martin	ja
Feist, Carsten	ja
Fischer, Olaf	ja
Hager, Marvin	ja
Heide, Christina	ja
Heinemann, Uwe	ja
Kastrioti, Torsten	nein
Kempcke, Susanne	ja
Kiesewetter, Michael	ja
Kirstges, Dr. Angela	ja
Kloster, Antje	nein
~~Mandt, Anja~~	

Marxfeld, Gesche	ja
Moriße, Thorsten Paul	nein
Reese, Uwe	ja
Reinhard, Darwin	ja
Sanchez Mengeler, Anja	nein
Schaar/Br. Franziskus, Miguel	nein
Schön, Detlef	ja
Schoolmann, Sven	ja
Schröder, Gabriele	ja
Schulte, Dr. Günther	ja
Seyffer, Christiane	nein
Stoermer, Kristian	ja
Stoffers, Jens	ja
Stomberg, Petra	nein
Stump, Detlef	nein
Suberg, Thomas	ja
Tönjes, Andreas	nein
Walpurgis, Frank Uwe	Enthaltung
Walzner, Horst Dieter	Enthaltung
Weinstock, Helga	nein
Weithöner, Prof. Dr. Uwe	ja
Werner, Olaf	ja
Zaage, Astrid	ja

Ziffer 2 (gem. Änderungsantrag)**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 27 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

~~Bakir, Nurhayat~~	
Baruschke, Manuel	ja
Becker, Stefan	ja
~~von den Berg, Michael~~	
Berner, Ulf	nein
~~Block, Volker~~	
Bosse, Heidi	ja
Brandt, Norbert Peter	ja
Bulla, Markus	ja
Burkhart, Martin	nein
Ehlers, Martin	ja
Feist, Carsten	ja
Fischer, Olaf	ja
Hager, Marvin	ja
Heide, Christina	ja
Heinemann, Uwe	ja
Kastrioti, Torsten	nein
Kempcke, Susanne	ja
Kiesewetter, Michael	ja
Kirstges, Dr. Angela	ja
Kloster, Antje	nein
~~Mandt, Anja~~	
Marxfeld, Gesche	ja
Moriße, Thorsten Paul	nein
Reese, Uwe	ja
Reinhard, Darwin	ja
Sanchez Mengeler, Anja	nein
Schaar/Br. Franziskus, Miguel	nein
Schön, Detlef	ja

Schoolmann, Sven	ja
Schröder, Gabriele	ja
Schulte, Dr. Günther	ja
Seyffer, Christiane	nein
Stoermer, Kristian	ja
Stoffers, Jens	ja
Stomberg, Petra	nein
Stump, Detlef	nein
Suberg, Thomas	ja
Tönjes, Andreas	nein
Walpurgis, Frank Uwe	Enthaltung
Walzner, Horst Dieter	nein
Weinstock, Helga	nein
Weithöner, Prof. Dr. Uwe	ja
Werner, Olaf	ja
Zaage, Astrid	ja

Ziffer 3 (gem. Änderungsantrag)

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

(bei 27 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

~~Bakir, Nurhayat~~	
Baruschke, Manuel	ja
Becker, Stefan	ja
~~von den Berg, Michael~~	
Berner, Ulf	Enthaltung
~~Block, Volker~~	
Bosse, Heidi	ja
Brandt, Norbert Peter	ja
Bulla, Markus	ja
Burkhart, Martin	Enthaltung
Ehlers, Martin	ja
Feist, Carsten	ja
Fischer, Olaf	ja
Hager, Marvin	ja
Heide, Christina	ja
Heinemann, Uwe	ja
Kastrioti, Torsten	nein
Kempcke, Susanne	ja
Kiesewetter, Michael	ja
Kirstges, Dr. Angela	ja
Kloster, Antje	nein
~~Mandt, Anja~~	
Marxfeld, Gesche	ja
Moriße, Thorsten Paul	nein
Reese, Uwe	ja
Reinhard, Darwin	ja
Sanchez Mengeler, Anja	Enthaltung
Schaar/Br. Franziskus, Miguel	nein
Schön, Detlef	ja
Schoolmann, Sven	ja
Schröder, Gabriele	ja
Schulte, Dr. Günther	ja
Seyffer, Christiane	nein
Stoermer, Kristian	ja
Stoffers, Jens	ja
Stomberg, Petra	nein

Stump, Detlef	nein
Suberg, Thomas	ja
Tönjes, Andreas	nein
Walpurgis, Frank Uwe	Enthaltung
Walzner, Horst Dieter	Enthaltung
Weinstock, Helga	nein
Weithöner, Prof. Dr. Uwe	ja
Werner, Olaf	ja
Zaage, Astrid	ja

Ziffer 4 (unverändert)**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt

(bei 27 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

~~Bakir, Nurhayat~~	
Baruschke, Manuel	ja
Becker, Stefan	ja
~~von den Berg, Michael~~	
Berner, Ulf	Enthaltung
~~Block, Volker~~	
Bosse, Heidi	ja
Brandt, Norbert Peter	ja
Bulla, Markus	ja
Burkhart, Martin	Enthaltung
Ehlers, Martin	ja
Feist, Carsten	ja
Fischer, Olaf	ja
Hager, Marvin	ja
Heide, Christina	ja
Heinemann, Uwe	ja
Kastrioti, Torsten	nein
Kempcke, Susanne	ja
Kiesewetter, Michael	ja
Kirstges, Dr. Angela	ja
Kloster, Antje	nein
~~Mandt, Anja~~	
Marxfeld, Gesche	ja
Moriße, Thorsten Paul	nein
Reese, Uwe	ja
Reinhard, Darwin	ja
Sanchez Mengeler, Anja	nein
Schaar/Br. Franziskus, Miguel	nein
Schön, Detlef	ja
Schoolmann, Sven	ja
Schröder, Gabriele	ja
Schulte, Dr. Günther	ja
Seyffer, Christiane	Enthaltung
Stoermer, Kristian	ja
Stoffers, Jens	ja
Stomberg, Petra	nein
Stump, Detlef	nein
Suberg, Thomas	ja
Tönjes, Andreas	nein
Walpurgis, Frank Uwe	Enthaltung
Walzner, Horst Dieter	Enthaltung
Weinstock, Helga	nein
Weithöner, Prof. Dr. Uwe	ja

Werner, Olaf
Zaage, Astrid

ja
ja

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven begrüßt die Errichtung eines neuen Anlegerkopfes an der UVG-Brücke im Zuge der beabsichtigten Inbetriebnahme eines LNG-Terminals in Wilhelmshaven und stimmt diesem Vorhaben zu.

- ~~2. Das Land Niedersachsen beabsichtigt, zur Finanzierung dieses Vorhabens höchstens 40 Mio. € aus den Mitteln der Strukturförderung „Kohleausstieg“ zu entnehmen und diese Mittel später wieder dem Strukturhilfefonds zuzuführen. Deswegen wird das Land gebeten, zeitnah eine rechtsverbindliche schriftliche Verpflichtungserklärung abzugeben, dass die entsprechenden Mittel der Strukturhilfe wieder zugeführt oder auf andere Art und Weise innerhalb des Förderzeitraums zur Verfügung gestellt werden.~~

Das Land Niedersachsen beabsichtigt zur Finanzierung dieses Vorhabens höchstens 40 Mio. Euro aus der Strukturförderung „Kohleausstieg“ zu entnehmen. Der Rat erwartet, dass das Land die entnommenen Mittel im Zuge des nächsten Landeshaushaltes mit einem verbindlichen Rückzahlungsplan in den Strukturhilfefonds zurückführt. Mit Schreiben vom 14.04.2022 hat Herr Staatssekretär Wunderling-Weilbier gegenüber dem Landkreis Friesland und der Stadt Wilhelmshaven versichert, dass die Frau Ministerin Honé und die Herren Minister Lies und Dr. Althusmann darüber einig sind, dass die Fördermittel zur Finanzierung des Vorhabens später wieder in die Strukturhilfen für den Steinkohlestandort Wilhelmshaven zurückgeführt werden sollen.

- ~~3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt, die Zustimmung zur Verwendung der Mittel gemäß Ziffer 2. dieses Beschlusses nach Eingang der Verpflichtungserklärung des Landes gegenüber dem Land unverzüglich zu erteilen.~~

Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird ermächtigt und beauftragt, die Zustimmung zur Verwendung der Mittel gemäß Ziffer 2 dieses Beschlusses gegenüber dem Land unverzüglich zu erteilen.

4. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven geht davon aus, dass das Land die Zustimmung der weiteren Mitglieder des Runden Tisches gemäß Verwaltungsvereinbarung „Strukturhilfen“ eingeholt hat.

(geändert auf Antrag von Oberbürgermeister Feist im Rat am 04.05.2022)

6 Einwohnerfragestunde II

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung wurden nicht gestellt.

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin